

Lehnsteiner Tageblatt

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Veröffentlichungs-

Schäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 33.

erschint täglich
montags — Ausgenommen
die erhaltene kleine Seite
24 Pf., auswärts 30 Pf.

Nr. 158.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schödel
(Ans. Fritz Röhre) Oberlahnstein.

Freitag, den 25. Juli 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fritz Röhre, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abdruck.

K. Armee.

Seite des St. Goarshausen.
P. Administrateur.
Nr. 1403.

24. Juli 1919.

Im Hinblick auf die Schäden, welche den Ackerfeldern durch Wildschweine zugefügt werden und auf Veranlassung der deutschen Behörden, ordnet der General der 18. I. D. an, daß sofort Jagden durch französische Offiziere abgehalten werden. An diesen Jagden dürfen die Förster, Jagdhüter und Jagdpächter mit ihren Waffen teilnehmen.

Ich ersuche Sie, den Bürgermeistern Anweisung zu erteilen, zu diesem Zwecke den genannten Personen jedesmal die Waffen auszuhandigen, wenn der Ortskommandant dieses für eine Jagd anordnet. Nach Beendigung der Jagd sind die Waffen jedesmal an die Waffenstelle der Gemeinde zu rück zu geben.

gez. G. D. Monod.

Wird veröffentlicht

St. Goarshausen, den 24. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Jaun.

Abdruck.

Die staatlichen Steuerveranlagungsbehörden und zwar sowohl die von besonderen hauptamtlichen Veranlagungs-Kommissionen, wie die zur Zeit noch von Landräten bzw. städtischen Beamten geleiteten haben fortan in amtlichen Bescheiden allgemein die Bezeichnung „Preussisches Staats-Steueramt“ zu führen. Die neugegründeten abgeordneten Dienststellen sind als „Zweigbüro“ des Preussischen Staats-Steueramts zu bezeichnen.

Berlin G. 2, den 30. Juni 1919.

Im Auftrage: gez. Heimke.

An sämtliche Regierungen.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 19. Juli 1919.

Preussisches Staatssteueramt.

J. B. Dr. Jaun

Nach Mitteilung der Regierung zu Wiesbaden ist die Oberförsterei Gaud vom 1. Mai 1919 ab dem Oberförster Proempeler, früher in Gumbinnen, übertragen worden.

St. Goarshausen, den 22. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Jaun.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Rheinische Konferenz.

Düsseldorf, 24. Juli. Unter dem Vorsitz des preussischen Ministerpräsidenten Hirsch begannen die auf Veranlassung der preussischen Regierung nach Düsseldorf einberufenen Besprechungen über die Frage der rheinischen bzw. der rheinisch-westfälischen Republik. An den Verhandlungen nahmen ungefähr 150 Herren teil, darunter der Oberpräsident der Rheinprovinz, der kommandierende General des 7. Armeekorps, Freiherr v. Walter mit mehreren Stabschefs, der Generalsuperintendent der Rheinprov. Dr. Klingemann, Vertreter der Provinzial-Verwalt. die Oberbürgermeister von zahlreichen rheinischen Großstädten, darunter der Kölner Oberbürgermeister, sowie Vertreter der Landkreise, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und der freien Berufe. Auch mehrere Abgeordnete waren anwesend. Als Vertreter der Regierung waren erschienen Ministerpräsident Hirsch, Gaenisch, Fickel, Stegwald, die Unterstaatssekretäre Ping und Graef, Ministerialdirektor Neuhaus, Krause und Reimer und eine Anzahl höherer Regierungsbeamten, sowie von Stumm vom auswärtigen Amt. Der Ministerpräsident wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die rheinische Frage vielleicht die bedeutsamste Frage für Preußen und für Deutschland darstelle:

Bei der Zusammenberufung der Konferenz habe man sich nicht darauf beschränkt, nur Gegner des Planes einzuladen, sondern auch Anhänger des Gedankens, damit auch diese ihre Ansicht entwickeln könnten. Nicht auf bestimmte Bevölkerungsklassen habe man sich beschränkt, sondern Angehörige der verschiedensten Berufe und Bevölkerungsschichten geladen. Die Stellung der Regierung, sei bekannt. Sie habe mehr als einmal erklärt, daß sie Gegner eines solchen Planes sei. Nicht nur im preussischen, sondern auch im deutschen Interesse stehe sie nach wie vor auf diesem Standpunkte.

Im Anschluß daran erörterte Assessor Bachem das Programm, das für die Aussprache aufgestellt worden ist. Die Angelegenheit soll nach verschiedenen Richtungen erörtert werden, wobei in einzelnen Gruppen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen behandelt werden sollen. An eine Abstimmung ist nicht gedacht. Ob die Frage in Ausschüssen weiter verfolgt werden soll, wurde der Versammlung überlassen.

In der Geschäftsordnungsaussprache regte Generalsekretär Dr. Deumer-Düsseldorf an, zunächst den Befürwortern der Frage das Wort zu erteilen. Der Vorsitzende erklärte unter Heiterkeit der Versammlung, daß er natürlich die Gegner nicht zwingen könne, zuerst das Wort zu ergreifen.

Oberbürgermeister Adenauer ergriff zunächst das Wort. Er betonte:

„Die Frage sei vielfach falsch beurteilt worden. An Unternehmungen, wie sie von Dörfern und Genossen in Wiesbaden durchgeführt worden seien, arbeite im Rheinland kein anständig denkender Mensch. Man dürfe aber nicht verkennen, daß die Lage der Rheinländer ungemein schwierig sei, was man außerhalb der Rheinprovinz vielfach nicht beachte. Notwendig sei es, das deutsche Einheits- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Er stehe nicht an zu erklären, daß die Regierung einheitlicher sein müsse. Notwendig sei ein unitarisches Deutschland mit starken Provinzen.“

Es ergriffen 50 Redner das Wort, um fast durchweg die Frage nach der kulturpolitischen und konfessionellen Seite gegen oder für eine Abtrennung zu beleuchten. Nur in einigen Einzelfällen wurde die wirtschaftliche Bedeutung der Angelegenheit erwähnt. Oberbürgermeister Dr. Jarres (Duisburg) richtete die dringende Bitte an alle Rheinländer, die Absicht einer Trennung zu begraben.

Superintendent Klingemann (Coblenz) erklärte, man wisse nicht, worin die besondere Eigenart der Rheinländer gegenüber anderen deutschen Volkstümern bestehe. In evangelischen Kreisen habe man von der angeblichen Missstimmung der Rheinländer über die Zugehörigkeit zu Preußen nichts bemerkt. Die evangelische Kirche würde bei einer Trennung in eine sehr bedrängte Lage geraten, wenn dieser Zusammenhang mit der evangelischen Landeskirche verloren gehe. Die Vertreter der evangelischen Gemeinden würden daher in nächster Zeit, wie teilweise jetzt schon, gegen die Auflösung der Rheinlande Stellung nehmen.

Kultusminister Gaenisch führte aus, am Umfange der Erörterungen konnte man den Eindruck haben, daß der Gedanke der selbständigen Rheinischen Republik tot und begraben sei; die Äußerungen einiger Kölner Herren hätten davon überzeugt, daß der Gedanke noch immer hartnäckig verfolgt werde. Der Minister würde es als für bedauerlich halten, wenn der Beschluß der Nationalversammlung, daß Anträge auf Bildung eines rheinisch-westfälischen Freistaates erst nach zwei Jahren gestellt werden dürfen, so aufgefaßt werden würden, als müßte diese Zeit nun zu schärfster Agitation für die Republik ausgenutzt werden. Natürlich haben die Herren in formal juristischer und verfassungsmäßiger Hinsicht das Recht, für ihren Gedanken einzutreten, das kann kein Staatsanwalt und kein Parlament verhindern, aber es gibt außer diesem juristischen und verfassungsmäßigen Recht noch ein höheres Recht das ist die Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes.

Lösung Virensfelds.

Virensfeld, 23. Juli. Auf die Anfrage des Landesausschusses der Provinz Virensfeld wegen der Lösung an die Staatsregierung in Oldenburg ist folgende Drahtantwort eingegangen: „Nach § 2 der Verfassung unterliegen Änderungen im Staatsgebiet dem Beschluß von Landtag und Staatsministerium. Wünsche des Landesausschusses Virensfeld werden bei der Abtrennung berücksichtigt, soweit die Gesamtinteressen des Staates dies zulassen. Kommission zur Besprechung aller in Betracht kommenden Fragen in Oldenburg gern erwartet. Staatsministerium Jansen, Ministerpräsident.“

Deutschland und der Völkerbund.

Paris, 24. Juli. Aus dem Bericht des Deputierten Renard in der Sitzung des Friedensausschusses der Kammer geht hervor, daß Deutschland nach dem 1. Oktober zum Völkerbund zugelassen werden soll. Es heißt in dem Bericht:

„Es sei beschlossen worden, daß Deutschland nach der Washingtoner Sitzung der internationalen Arbeiterkonferenz, die am 1. Oktober stattfinden soll, zu dieser Konferenz und zu dem internationalen Arbeitsbureau seine Vertreter entsenden dürfe, was, so sagte der Berichterstatter, ihm den Zugang zur Gesellschaft der Nationen vom 1. Oktober ab eröffne.“

Kronen gegen Serben.

Brag, 24. Juli. Die Abendblätter berichten über eine Militärrevolte eines großen Teiles der südslawischen Garnison von Marburg, die unter den Rufen: „Los von Serbien!“ ihre Unzufriedenheit mit dem serbischen Regime und die Erbitterung über die zwangsweisen Einziehungen zum Ausdruck brachten. Zurückzuführen sei die Revolte auf eine von slawonischen und kroatischen Soldaten zahlreich besuchte sozialistische Versammlung, in der ein Redner unter allgemeiner Zustimmung für eine republikanische Staatsform Südslawiens eintrat. Zahlreiche Versammlungsteilnehmer wurden verhaftet, wodurch der langverhaltene Haß der slawonischen und kroatischen Soldaten zum Ausbruch kam. Am Dienstagabend kam es zu erbitterten Kämpfen, welche an der Donau sich weiter entwickelten. Bisher wurden 30 Tote und viele Verwundete gemeldet.

Amerika und Japan.

Amsterdam, 24. Juli. Die „Times“ melden aus Washington, daß Wilson wohl noch mehrere Tage verhindert sein wird, die Staatsgeschäfte zu führen. Das gesamte amerikanische Volk widersehe sich der vorgesehene Lösung der Schantungfrage. Man betrachte sie als eine unehrliche Konzession an die japanische nationalisierte Politik.

Regierungsrufen in Washington.

London, 24. Juli. Reuter meldet aus Washington: Vorgestern Abend kam es wieder zu ersten Regierungsrufen. Es wurden vier Personen getötet, darunter zwei Detektive. Nach der „Times“ wurde wegen der Regierungsrufen über Washington der Belagerungszustand verhängt. Kriegsminister Baker hat Befehl gegeben, zur Verstärkung der Polizeikräfte Truppen heranzuziehen, um eine Wiederholung von Unruhen zwischen Schwarzen und Weißen, die stattfinden, zu verhindern. Marine-Sekretär Daniels gibt bekannt, daß Marine-Infanterie den Befehl erhalten, sich aus demselben Grunde nach Washington zu begeben.

Verschiedene politische Nachrichten.

Weimar, 24. Juli. Das Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold wird, wie wir hören, so verkündet werden, daß es am 1. August 1919 in Kraft tritt.

Celle, 24. Juli. Die hiesige Arbeiterschaft ist heute morgen in den Generalstreik getreten, um dadurch die Zuzücknahme des vor 14 Tagen eingetroffenen Jägerbataillons Kirchhain zu erzwingen.

Wien, 24. Juli. Vor der Abreise nach Feldkirch äußerten sich Mitglieder der Regierung, wie die Blätter melden, daß es sich als notwendig erweisen wird, bei den Alliierten um Fristverlängerung für die Antwortnote nachzusehen. Man glaubt, daß die Fristverlängerung gewährt werden wird.

Paris, 24. Juli. Clemenceau hat in der französischen Kammer ein Gesetz zur Schleifung der Festungen von Verdun, Belfort, Toul, Brest und Sid el Abbes in Algier eingebracht.

Schweiz, Grenze, 24. Juli. Die Pariser Blätter melden die Befreiung des französischen Sergeanten Manheim auf dem Pèrè Lachaise unter militärischen Ehren und in Anwesenheit von Vertretern Poincarés und Clemenceaus.

Stockholm, 24. Juli. Die französische Regierung stellt Schweden zwei Plätze an der Kriegsschule zur Verfügung und erbietet sich, jede Anzahl schwedischer Bewerber zur Ausbildung als Offiziere zu übernehmen. Ein gleiches Entgegenkommen wird für Kommandierungen zu französischen Truppenteilen in Aussicht gestellt.

Stockholm, 22. Juli. Die schwedische Arbeiterschaft hat sich in keiner Weise an dem für gestern angesetzten internationalen Ausstand beteiligt. Am Abend wurden einige linkssozialistische Versammlungen abgehalten.

Stockholm, 23. Juli. Die von den Linkssozialisten einberufene Demonstrationsversammlung anlässlich des internationalen Proteststreiks fand in Schweden nur wenig Anseh. In Göteborg und Stockholm nahmen im ganzen nur etwa je 6000 Arbeiter teil. Die Umzüge in Stockholm wurden von der Polizei behindert. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen wurde in allen Betrieben vollständig gearbeitet.

Amsterdam, 24. Juli. Nach englischen Blättern vom 21. 7. haben die deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern von Washington, Goozowen und Parkhall in der Nacht zum Samstag auf die Dächer ihrer Baracken mit großen Buchstaben die Inschriften gemalt, wie: „Laßt uns nach Hause gehen!“ „Helft uns heimkehren!“ „Gebt uns Frieden!“

Osaka, 24. Juli. In Londoner wohlunterrichteten Kreisen will man wissen, daß die Namen des Kronprinzen, Hindenburgs und Ludendorffs nicht auf der Liste der auszuliefernden Personen stehen.

Karlsruhe, 22. Juli. Erzbischof Nörber von Freiburg hat, als er sich dieser Tage zur Firmung hier aufhielt, dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Geiß einen Besuch abgestattet.

Karlsruhe, 22. Juli. Das französische Polizeigericht verurteilte die beiden Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Rues und Beller, wie es in der Mitteilung heißt, wegen der Verbreitung von beleidigenden Flugblättern gegen die Förderer der Unabhängigkeitsbestrebungen in der Rheinpfalz zu je 6 Monaten Gefängnis.

Der Pariser Ausgabe der Chicago Tribune zufolge hat die Hilfs-Gesellschaft in Philadelphia 60 000 Dollar gesammelt, um ein Schiff mit Hilfsmitteln für deutsche Kriegerwitwen und Waisen auszurüsten.

Amsterdam, 24. Juli. Der mit der Untersuchung der Lage in Mexiko beauftragte Ausschuss des Repräsentantenhauses habe vom amerikanischen Botschafter in Mexiko eine Liste mit den Namen von 217 Amerikanern erhalten, die seit dem Tode des Präsidenten Diaz ermordet worden seien.

Die Nationalversammlung.

Die politische Aussprache in Weimar.

Weimar, 24. Juli. Die große politische Aussprache begann heute mit der Begründung und Beantwortung der Interpellationen der Rechten. Die Interpellation über die Planwirtschaft trug der liberale Vorsitzende der Hamburger Handelskammer Witthoefft mit der ausgezeichneten Sachkunde des hanseatischen Ueberseesachmanns vor. Er verlangte insbesondere Beseitigung der Auslands-handelsstellen, des Giftes der Korruption und des Schleichhandels, der sich insbesondere an den Grenzen der besetzten Gebiete geltend mache, und die Aufhebung der Devisenordnung. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt bezog sich in seiner Erwiderung in der Hauptsache auf die gestrigen Erklärungen des Ministerpräsidenten Bauer bezüglich der Planwirtschaft und der Devisenordnung. An Stelle der Planwirtschaft will der Reichswirtschaftsminister kein starres System, sondern einen Interessenausgleich zwischen den Interessen der einzelnen Industrie und Handelszweige. Eine volle Freiheit des Handels und der Industrie sei heute noch nicht möglich. Einmalen soll die Ausfuhr von Luxusartikeln und solchen Waren, deren Rohstoffe wir im Lande haben, vollständig frei sein. Der Minister beurteilt unsere Wirtschaftslage sehr optimistisch, weil er das Vertrauen zur Arbeiterschaft habe. Der Minister will sein Augenmerk richten hauptsächlich auf die Hebung der Kohlenproduktion, auf die Neuordnung des Güterverkehrs und die Sicherung unserer gesamten Produktion.

Die Interpellation über den Landarbeiterstreik begründeten der Liberale Duschke und der deutschnationale Arbeitersekretär Behrens. Der erste nahm namentlich auf die Verhältnisse in Preußen Bezug, wo der sozialdemokratische Landarbeiterverband, unterstützt durch Funktionäre des Landwirtschaftsministeriums, vor allem durch den bekannten Dr. Grimm, gegen die Grundbesitzer wühle und hebe. Der Reichsarbeitsminister Schlichte wählte bei der Beantwortung dieser Interpellationen die Schuld an der Erregung der Landarbeiter auf die Grundbesitzer ab, die in den Fragen der Tarifverträge, der Löhne und Deputate für die Wünsche der Landarbeiter kein Verständnis und Entgegenkommen gezeigt hätten.

Das Haus verband die Besprechung der Interpellationen mit der großen politischen Aussprache, in der als erster Redner der Sozialdemokrat Krähig das Wort ergriff. Er billigte im großen ganzen das Wirtschaftsprogramm der Minister. Seine Ausführungen waren außerordentlich weit-schweifig, brachten aber nichts Neues, so daß sich das Haus bis auf wenige Abgeordnete leerte. Er spielte den Präventivverteidiger für den Reichsminister Erzberger in seiner Polemik gegen den früheren Staatsminister Helfferich.

Nach 1½ Uhr vertagte das Haus die Weiterbesprechung auf Freitag.

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Klinger.

501 (Nachdruck verboten.)

Dieser Leidenszug in dem süßen Kinderge-sicht schnitt ihm tief ins Herz.

Gleidend hob sie die Arme. „Kann nicht noch alles gut werden, Papa? Bitte mir doch mein Glück, bitte, bitte!“

Er lächelte bewegt, schmerzgerissen die Stirn seines Kindes. „Laß mich nachdenken, Ursel, und beruhige dich! Denke, es sei eine Prüfung auf die Größe und Stärke eurer Liebe! Vielleicht — was an mir liegt, soll geschehen, um das Mißverständnis (benn um ein solches handelt es sich) aufzuklären. Es ist ein böser Zufall, daß du gerade Carlos Alvarez dein Herz geschenkt hast. Und dann vorsichtig tastend: „Es gibt außer ihm so viel lebenswerte, gediegene junge Männer. Die Zeit heilt schlimmere Wunden, Liebling, wenn du Alvarez vergessen, von ihm lassen könntest.“

Da sah Ursula ihn todestraunig an. „Wir verstehen uns nicht, Papa“, geräuschlos wie ein Schatten glitt sie hinaus. Der Vater eilte ihr nach. „Du hast mein Wort, Ursel, ich werde alles aufbieten, um die Sachlage zu klären. Aber ich fürchte, die Klust, welche Carlos Alvarez zwischen uns aufgerissen, wird sich nie ganz überbrücken lassen.“

„Carlos wird dich um Verzeihung bitten, lieber Papa, und nicht wahr, dann vergibst du es, wenn er dich beleidigt hat.“

Professor Beestow nickte, wenn auch widerwillig. Ursula schloß wieder ein wenig Mut, aber in ihrem Zimmer, als die furchtbare Anspannung der Nerven nachließ, weinte sie bitterlich.

18. Kapitel.

Reinhold Beestow war allein. Erschöpft sank er in sich zusammen. Solche Aufregungen waren ihm an-

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 25. Juli.

Es Grief mehl, Schwefel, Rupservitriol, Marmelade, Perringe, siehe Bekanntmachung.

Der Berufsamt. Heute nachmittag findet hier eine Kreisverbandsvorstandssitzung zwecks weiterer Besprechung der in der letzten Kreisversammlung und der am Montag in St. Goarshausen gefaßten Beschlüsse.

Das Kelterverbot für Obst ist durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung aufgehoben worden.

Ferien. Wie uns mitgeteilt wird, schließen die Ferien der Volksschule nicht erst am 11., sondern schon am 1. September. Die Herbstferien von etwa 2 Wochen kommen dann anfangs Oktober, wenn die Kartoffeln geerntet werden.

Postalisches. Die Anszahlung der Heeresbezüge für Monat August erfolgt bei den Postämtern Ober- und Niederlahnstein am 29. d. Mts. vormittags von 8½ bis 12 Uhr.

Zwei Erlasse des Kultusministers. In einem Erlaß des preussischen Kultusministeriums wird verfügt: „Es wird bestimmt, daß in die Genfurtablelle keine Angaben über die Leistungen der Schulkinder in Religion einzutragen sind.“ Ein anderer Erlaß bestimmt: Wir empfehlen den Schulgemeinden, in den Haushaltsplan eine feste Summe für Lehrmittel einzuführen und dem Lehrer zur Verfügung zu stellen. Als Mindestmaß hat der Betrag von 10 Mark jährlich für eine Klasse zu gelten.“

Vorläufig kein Dienstleid in der Schulverwaltung. Die Regierungs-Schulabteilung zu Poggdam weist die ihr unterstellten Behörden darauf hin, daß nach einem Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bis auf weiteres von der Abnahme eines Dienstleides bei Beamten und Lehrern abgesehen ist.

Die Fettversorgung Deutschlands wird auch im nächsten Jahre noch unzureichend sein. Auch im Jahre 1920 ist daher mit einem starken Bedarf an zuckerhaltigen Brotaufstrichmitteln zu rechnen. Die für die großstädtischen und sonstigen dichtbevölkerten Bezirke Deutschlands erforderliche Marmelade muß deshalb sichergestellt werden. Um das zu erreichen, hat sich der Reichsernährungsminister entschließen müssen, einen Teil der Herbstobsternte zu erfassen, der der Marmeladenindustrie zufließen soll.

Die Petroleumrationierung bleibt. Der Minister für Handel u. Gewerbe hat angeordnet, daß die Verteilung von Petroleum für Kleinbeleuchtungszwecke solange den Kommunalverbänden überlassen bleiben soll, bis feststeht, daß genügend Leuchtöl zur Deckung von mindestens 50 v. H. des Bedarfs für den nächsten Winter vorhanden ist oder mit Sicherheit eingeführt werden wird. Um außerdem für die Wintermonate eine genügende Menge Leuchtöl anzusammeln, ist die Abgabe von Petroleum für Leuchtzwecke wie im Vorjahr bis zum 31. August verboten. Nur die Deckung des behördlichen und gewerblichen Bedarfs, einschließlich des Bedarfs der Landwirtschaft bleibt wie im Vorjahr unberührt.

Niederlahnstein, den 25. Juli.

Die Gerichtsferien, die am 15. Juli begannen, enden nicht am 15. August, sondern erst am 15. September.

Von der Post. Wie wir hören, besteht bei der Oberpostdirektion in Berlin ein größerer Bedarf an Zivilanwärtern für die mittlere Laufbahn im Telegraphendienst. Die Einstellung der Anwärter erfolgt zunächst als Telegraphengehilfen. Für die Annahme kommen einstweilen nur Kriegsschadigte mit einer Erwerbsbeschränkung von

gewohnt, er fühlte sich ihnen nicht mehr gewachsen. Die Arbeit, welche er täglich leistete, forderte ja all seine Kraft.

Wie oft wurde er seiner Leistungsfähigkeit wegen bewundert! „Sie müssen Nerven von Stahl haben“, sagte man ihm. Es war auch so, sonst hätte er so raslos nicht schaffen können.

Aber diese aufreibende Tätigkeit war ihm damals zur zweiten Natur geworden, als der hübsche Fled noch frisch war, der seine Ehre verdiente. Doch im Laufe der Zeit war die Erinnerung an jenes schmachtvolle Vor-kommnis immer blässer geworden, seit Jahren ganz verschwunden, und wenn sie auftauchte, so plegte Professor Beestow zu lächeln. Er war überzeugt, daß der Fled verschwunden und damit seine Schuld gelöscht sei. Selbst der Anblick des Porträts der Signora hatte nichts Peinliches mehr für ihn. Im Gegenteil, das Bild war ihm lieb und wert geworden, denn die schöne, liebreizende Frau, welche er persönlich nie gesehen, hatte ihm Glück gebracht. Alles in seinem Leben war gut geworden.

So hatte er wenigstens geglaubt. Das Schicksal belehrte ihn eines anderen — es verlangte ein Opfer — entweder seinen guten, hochgeachteten, ja berühmten Namen, oder das Herzenglück seiner Tochter — eins von beiden mußte er preisgeben.

Erfuhr die Welt von jenem ersten Betrug, so würde man ihm keine seiner Werke glauben, sondern seiner Kunst ferner nur hohnvolles Mißtrauen entgegenbringen.

Dann war er ein Geächteter, jeder wies mit Fingern auf ihn, er kannte das.

Gewiß, diejenigen, welche er porträtierte, sahen ja der Entfaltung und Vollenbung des Bildes zu. Aber das waren Laien, im Höchsthalle Dilettanten, denen man leicht etwas vortäuschen konnte. Wenn er schon einen so ungeheuerlichen Betrug in Szene gesetzt hatte, was mochte da nicht erst im verborgenen geschehen sein! Vielleicht stiegerte er die Bilder nur und ließ sie von einem Begabteren ausführen, möglicherweise für einen Hungerlohn, wo er selbst fürstliche Honorare einstrich.

Obst es nicht hin und wieder auch solch einen armen

wenigstens 10 v. H. in Frage. Bewerbungen um Annahme als Telegraphengehilfen würden schriftlich an die Oberpostdirektion in Berlin C 2, Spandauer Straße 13, zu richten sein.

Im Eisenbahnverkehr sollten, wie mitgeteilt, von Anfang dieser Woche ab Erleichterungen durch Wiedereinführung direkter Schnellzüge erfolgen. Die Führung dieser Züge sowie auch andere Vorschläge zur Verbesserung sind, wie der Mainzer Anz. meldet, von der Kommission in Trier sämtlich abgelehnt worden. Die Ursache dazu dürfte nicht zuletzt in der unsicheren politischen Lage mit den erneuten Streiks usw. in Innerdeutschland zu suchen sein.

Braubach, den 25. Juli.

Der Verkehrs- und Verschönerungsverein hält heute abend 8½ Uhr seine Jahreshauptversammlung im Rathausaale ab.

St. Goarshausen, den 25. Juli.

Vom Wein. Im allgemeinen kann man noch von einem guten Stand der Reben in den Weinbaugebieten sprechen. Allerdings ist der Heurwurm ziemlich stark aufgetreten und hat recht erheblichen Schaden angerichtet. Demzufolge wird auch der Sauerwurm entsprechend stark aufgetreten und eine Bekämpfung mit Nikotin ist durchaus geboten. Für die nächste Zeit haben die Trauben viel Sonnenwärme nötig. Geschäftlich ist es ruhiger geworden. In Rheinhessen kostete das Stück 1918er 7200—10 000 Mark, im Rheingau 10 000—12 000 Mark, an der Nahe bis 10 000 Mark und mehr. An der Mosel wurde für das Fuder 1918er 11 000 Mark und darüber bezahlt.

Raststätten, den 25. Juli.

Vom Tannus. „Es hat Kartoffeln geregnet.“ Mit diesem Ausdruck bemessen die Landwirte recht treffend den Wert des in den letzten Tagen niedergegangenen sehr ausgiebigen Regens. Beim Pflügen der Acker zeigte es sich, daß der Boden in Fuktiefe noch sehr trocken war. Für das flach wurzelnde Getreide und auch für die Wiesen und die Kleeäder reichte die obere Durchfeuchtung des Bodens zur Not noch aus; keineswegs aber für die Kartoffeln, deren tief wurzelnde Knollen gerade jetzt einen ausgiebigen durchdringenden Regen sehr notwendig haben. Dieser ist jetzt endlich gekommen. Da die Kartoffelsträucher nun schon so kräftig entwickelt sind, daß ihr Kraut den Boden völlig bedeckt, so hält die eingedrungene Bodenfeuchtigkeit jetzt auch lange Zeit durch. Man kann heute schon ruhig und mit aller Zuversicht auf eine gute Kartoffelernte rechnen; denn in längstens zwei Monaten sind die Kartoffeln schon durchweg ausgereift. Es ist jetzt in der Tat wieder eine wahre Lust, durch die Kartoffelfelder, die Wiesen und Kleefelder zu wandern, die einen reichen Segen versprechen. (Run ist aber genug „angefeuchtet“ Die Redaktion.)

Aus Nah und Fern.

Vom Hunsrück, 23. Juli. Von einer Handgranate getötet. Ein französischer Soldat wollte in der Nähe von Fleisenhausen im Simmerbach mit Handgranaten Fische fangen. Ehe er nun eine Handgranate in den Bach schleudern konnte, explodierte diese. Der Soldat trug so schwere Verletzungen davon, daß er kurz darauf starb.

Geinsheim (Hessen). Vier hiesige Mädchen haben sich mit Siamesen verlobt.

Hattenheim, 23. Juli. Diebstähle größerer Stills wurden gestern nacht auf den Pachtgrundstücken der Domäne Neuhof verübt. Die Diebe machten sich daran, von ganzen Bändern Zwiebeln und Gemüße fortzuschaffen, ungeachtet, daß sie noch dabei mit ihren Wagen auf nebenanliegende Korn- und Saatzfelder fuhren und die Erzeugnisse zertraten und beschädigten. Von anderen Gemeinden wurden tagtäglich ebenfalls viele Diebstähle gemeldet, so daß die Polizei auf Wegen, Straßen und an den Zügen Revisionen bei Pasanten vornehmen muß.

Tropf, der trotz großer Veranlagung, trotz all seines Könnens wenig oder nichts erreicht und froh ist, ein Almosen zu bekommen, mit dessen Hilfe er auf anständige Weise sein armseliges Dasein fristen kann? Solche belagenswerten Ränge unter den Malern kannte Reinhold; einigen fehlt das Selbstvertrauen, andere leiden an Menschenfurcht, dem kommen keine Ideen, und jenem mangelt es an Gestaltungskraft. Er kann dabei ein feinsinniger Künstler sein, doch ist er unfähig, seine Stoffe zu formen, Ideen auszuführen.

Auf und ab raste Reinhold Beestow, mit beiden Händen gewühlt er sein noch immer dunkles, glänzendes Haupthaar. Wenn die Menge wühlte, was alles dazu gehört, um sich mit Erfolg durchzusetzen, zu einer Berühmtheit, die über der Tageskritik steht, heraufzuarbeiten!

Diese nie versagende Fähigkeit im Ausharren, dieser eiserne Fleiß, der von brennendem Ehrgeiz gestachelt werden muß! Und dann die Schaffensfreudigkeit, das feinsten Vertrauen in die eigene Kraft, alle diese Eigenschaften bedürfen aber der Steigerung durch die Freude oder — den Schmerz.

Aus jedem Zweifel, jedem Zwiespalt heraus muß sich ein Vorwärtsschreiten ergeben, zwischen Kampf und Sieg die heilige Flamme eines festen, alles überwindenden Willens lohen und glühen, nur auf diese Weise sind Vorbeeren zu erringen!

Auch auf billigere Art! höhnte es in Reinhold Beestow, doch gegen diese Regung der Selbstvernichtung machte er Front.

Nein, nein, in ehrlichem, heißem Mühen hat er sich durchgerungen zu einer abgeklärten, hoch über dem Durchschnittsmas liegenden Kunst.

Das Schicksal, welches ihm jetzt scharfkantige Steine, an denen alles, was er mühsam aufgebaut, zerbrechen kann, in den Weg stellt, muß er überwinden, auf irgendeine Weise.

Soll er sich Thusnelde mitteilen, ihr alles anvertrauen?

(Fortsetzung folgt.)

Saarbrücken, 23. Juli. Die Stadt Saarbrücken hat den Metzger, auf deren Antrag, verfahrensweise die Befugnis erteilt zum Schlachten des selbstaufgebrachten Schlachtwiehes und Freiverkauf von Frischfleisch, Wurst und Fett unter bestimmten Höchstpreisen: Rindfleisch 1. Klasse: Suppenfleisch 4 Mark, Bratenstück 4,50 Mark, Roßbraten 5 Mark, Filet 6 Mark; Rindfleisch 2. Klasse: Suppenfleisch 3,50 Mark, Bratenstücke 4 Mark, rohes Rinderfett 6 Mark, ausgelassenes Rinderfett 7 Mark, Kalbsbraten 4,50 Mark, Hammelfleisch 4 Mark, Hammelbraten 5 Mark, Blutwurst 2 Mark, Leberwurst 3 Mark, Fleischwurst 5 Mark das Pfund. Daneben wird nach wie vor rationiertes Gefrierfleisch gegen Marken verkauft.

Geldern. Zwei Millionen Mark sind vom Reich dem Kreise Geldern überwiesen worden zur Bestreitung der dringenden Befugungskosten. (Und wir?)

Kiel. Auf der Reichswerft sollen die ersten drei Einheitsdampfer auf Stapel gelegt werden. Als Baustätte wird das Riesendock der Werft (Tragfähigkeit 50 000 Tonnen) bestimmt. Der staatlichen Werft sind außerdem noch verschiedene Aufträge für Fisch- und Handelsdampfer übertragen worden.

Kassel, 23. Juli. Der Landarbeitverband Kassel beschloß in einem Ultimatum, die Annahme eines weitgehenden Tarifvertrages bis zum 1. August zu fordern, widrigenfalls allgemeiner Ausstand erfolgen werde.

Friedrichshafen. Die Zeppelinwerke arbeiten an neuen Lenkflugzeugen und Großflugzeugen für die Luftfahrt.

Bärn, 24. Juli. Die Berner statistische Gesellschaft hat einen Bericht über die allgemeine Preissteigerung von 1914 bis 1919 veröffentlicht. Die Steigerung der Preise ist: Italien 481 Prozent, Frankreich 368 Prozent, Schweiz 257 Prozent, England 240 Prozent und Amerika 220 Prozent.

Sozialismus und Landwirtschaft Groß- oder Kleinbetrieb? Jahrzehntlang hat man in der national-ökonomischen Literatur um die Lösung der Frage gekämpft, ob in der Landwirtschaft Groß- oder Kleinbetrieb rentabler sei. Die Frage ist im Laufe der Zeit einer Klärung zugeführt worden.

Die neuen national-ökonomischen Vorkämpfer pflegen die Momente aufzuzählen, die für und gegen den Großbetrieb bzw. Kleinbetrieb sprechen, und kommen dann zu dem Ergebnis, daß beide Betriebsformen ihre Vorzüge haben, und daß eine Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb in den meisten landwirtschaftlichen Zweigen das Beste sei.

Dies ist das Ergebnis der Wissenschaft. Nun hat die ganze Frage aber auch eine politische Seite gewonnen, seitdem die sozialen Tendenzen der verschiedenen politischen Parteien die eine oder andere Betriebsform bevorzugen. Der Sozialismus neigt im allgemeinen zu einer höheren Einschätzung des Großbetriebes. Der marxistische Sozialismus setzt die Konzentration der Betriebe auch in der Landwirtschaft voraus. Macht die Landwirtschaft von dem von Marx aufgestellten Konzentrationsgesetz eine Ausnahme, so ist das ganze Gesetz, worauf namentlich Franz Oppenheimer immer wieder hinweist, illusorisch. Da der eigentliche Sozialismus nur in der Form von Großbetrieben denkbar ist, so suchen seine Anhänger die Vorzüge des Großbetriebes mit allen Mitteln zu beweisen. Dabei kommt es dann manchmal zu ganz sonderbaren Auswüchsen. Das Höchste in dieser Beziehung hat Prof. Ballod in seiner Schrift „Der Zukunftsstaat“ erreicht, der an phantastischer Beschreibung der Vorzüge des Großbetriebes seinesgleichen sucht. Diese Auffassung ist jedoch selbst in der Sozialdemokratie durchaus nicht unbestritten, namentlich der jetzige Reichsminister David hat ausgesprochen, daß in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb unbestreitbare Vorzüge habe. Vor allem, was dem marxistischen Sozialismus am unangenehmsten ist, die Tendenz der Konzentration ist in der Landwirtschaft durchaus nicht von selbst durchgedrungen. Im Gegenteil ist seit der Zeit von Karl Marx in Deutschland der Kleinbetrieb gegenüber dem Großbetriebe vorgezogen, gleichzeitig in Verbindung mit einem Vordringen des Kleinbetriebes gegenüber dem Großbetriebe.

Der radikale Sozialismus sieht es mit äußerstem Mißvergnügen, und er tut alles, was in seinen Kräften steht, um diese Entwicklung zu fördern. Es war daher als selbstverständlich zu erwarten, daß er das Siedlungsgesetz der Reichsregierung bekämpfen würde. Und doch war dieses Siedlungsgesetz eine der verständigsten Taten seit der Revolution. Denn jene von der national-ökonomischen Wissenschaft verlangte gesunde Mischung der Betriebsformen, die in Wahrheit die höchste Produktivität verbirgt, ist in großen Teilen Deutschlands durchaus noch nicht erreicht. Dennoch hat der Abgeordnete Bumm in längeren Ausführungen die Regierungsvorlage bekämpft, wobei er sich reichlich demagogischer Mittel bediente. So, wenn er behauptete, nicht Landhunger, sondern Hunger nach Landesprodukten triebre die landsuchenden Elemente. Die Beschaffung der nötigen Baumaterialien, so sagte er ferner, sei zu teuer. Dabei meinte er an anderer Stelle, in unserer Zeit müßten wir mit billigen agrarischen Produkten überhäuft werden. Wenn dem aber so ist, so ist zu erwarten, daß wir auch bald wieder billige Baumaterialien haben, die doch zum großen Teil der Forstwirtschaft entstammen. In Wahrheit trübt sich der radikale Sozialismus eben aus Vorurteilen gegen jede Form des Kleinbetriebes. Er schließt den Großbetrieb darum höher, weil er ihn leichter in Gemeineigentum überführen kann. Es liegt aber kein Grund vor, diesem Gesichtspunkt entgegen den wahren Erfordernissen der Produktivität Rechnung zu tragen.

Abkommen über die Rheinlande.

(Schluß.)

Artikel 9. Die alliierten und assoziierten Truppen oder ihr Personal sowie der Hohe Ausschuss und sein Personal haben keinerlei direkte Steuern oder Abgaben zu zahlen.

Proviant, Waffen, Kleidung, Ausrüstung und Vorräte jeder Art, die für den Verbrauch alliierter oder assoziierter Truppen bestimmt sind und an die Militärbehörden, den hohen Ausschuss, die Markteindereien und Offizierskasinos gerichtet sind, genießen Portofreiheit und vollkommen freie Einfuhr.

Artikel 10. Das bei den Verkehrswegen, d. h. bei den Eisenbahnen, den Kleinbahnen, den Straßenbahnen jeder Art, Flüssen, Strömen und Kanälen angestellte Personal hat den Befehlen, die ihm von dem Höchstkommandierenden der alliierten und assoziierten Truppen oder in seinem Namen zu militärischen Zwecken erteilt werden, Folge zu leisten.

Sämtliches Material und Zivilpersonal, das zum Unterhalt und Betrieb sämtlicher Verkehrswege erforderlich ist, ist auf diesen Wegen in den besetzten Gebieten vollständig beizubehalten.

Die Beförderung der Truppen oder einzelnen Soldaten und von Offizieren, die mit einem Eisenbahnbeförderungsschein versehen sind, hat kostenfrei zu erfolgen.

Artikel 11. Die Okkupierungstruppen dürfen sich zu militärischen Zwecken aller bestehenden Telegraphen- und Telefonenrichtungen bedienen.

Die Besetzungstruppen üben gleichfalls weiterhin die Instandhaltung militärischer Telegraphen- und Telephonlinien, Funkstationen und aller ähnlichen Verkehrsmittel aus, die ihnen erforderlich scheinen. Zu diesem Zwecke dürfen sie vorbehaltlich der Zustimmung des Hohen Ausschusses jeden beliebigen öffentlichen oder privaten Ort betreten und besetzen.

Das Personal des öffentlichen Telegraphen- und Telephonnetzes hat den Befehlen, die ihm von dem Höchstkommandierenden der alliierten und assoziierten Truppen zu militärischen Zwecken erteilt werden, weiter Folge zu leisten, Telegramme und Brieffschaften von den oder für den Hohen Ausschuss sowie Telegramme und Brieffschaften amtlicher Natur gehen allen anderen Mitteilungen vor und werden kostenfrei befördert. Die alliierten und assoziierten Behörden sind berechtigt, die Reihenfolge der Uebermittlung solcher Mitteilungen nachzuprüfen.

Ohne vorherige Zustimmung der alliierten und assoziierten Militärbehörden darf keine Station für drahtlose Telegraphie von den Behörden oder Einwohnern der besetzten Gebiete errichtet werden.

Artikel 12. Die Postbeamten haben allen Befehlen, die ihnen von dem Höchstkommandierenden der alliierten und assoziierten Truppen oder von seinem Vertreter zu militärischen Zwecken erteilt werden, Folge zu leisten. Die Staatspost arbeitet unter Leitung der deutschen Behörden weiter, ohne daß jedoch dadurch dem von den Besetzungstruppen eingerichteten militärischen Postdienst Eintrag geschieht darf. Die Besetzungstruppen sind zur Benutzung aller bestehenden Poststraßen für militärische Bedürfnisse berechtigt.

Die genannten Truppen sind ferner berechtigt, auf sämtlichen bestehenden Postlinien Postwagen mit allem erforderlichen Personal fahren zu lassen.

Die deutsche Regierung hat kostenlos die bei seinen Postämtern von den Besetzungstruppen und dem Hohen Ausschuss oder für die Besetzungstruppen und den Hohen Ausschuss eingelieferten Briefe und Pakete zu befördern und hastet für den Wert aller auf der Post verlorenen oder gestohlenen Briefe und Pakete.

Artikel 13. Der Hohe Ausschuss ist befugt, so oft er es für nötig hält, den Belagerungszustand ganz oder teilweise über das Gebiet zu verhängen. Auf Grund einer solchen Erklärung des Belagerungszustandes erhalten die Militärbehörden die im Reichsgesetz vom 30. Mai 1892 erwähnten Befugnisse.

In dringenden Fällen, wenn die öffentliche Ordnung in einem Bezirk gestört oder bedroht ist, dürfen die örtlichen Militärbehörden sämtliche zur Wiederherstellung der Ordnung erforderlichen Maßnahmen treffen. In solchen Fällen haben die Militärbehörden dem Hohen Ausschuss über die in Frage stehenden Tatsachen Rechnung abzulegen.

Letzte Nachrichten

Koblenz, 24. Juli. Die hier erscheinende amerikanische Zeitung teilt mit, daß der Arzt des Präsidenten Wilson erklärt habe, Wilson sei, wenn auch schwach, so doch außer Lebensgefahr.

Wiesbaden, 22. Juli. Die Polizei überraschte hier nachts in einem großen Hotel eine Spielergesellschaft beim Bassarat und beschlagnahmte Spielgelder in der Höhe von 6000 Mark. Die Gesellschaft bestand aus 28 Personen, Herren und Damen von Mainz und Wiesbaden. Die Mitgliederliste des wohlorganisierten Spielklubs fiel der Polizei in die Hände.

Frankfurt, 24. Juli. Nach der Frankfurter Zeitung haben die Amerikaner das luxemburgische Gebiet endgültig verlassen. Weil für diesen Fall mehrfach mit Unruhen gedroht worden war, hat der Gemeinderat von Esch Militär zum Schutz der Escher Hüttenwerksanlagen erbeten. Zwei Kompanien Franzosen liegt jetzt besonders der Schutz der Werke der Gelsenkirchener Hütten-N. G. ob.

Luxemburg, 23. Juli. In der Kammer schlug Präsident Althoff vor, das Großherzogtum Luxemburg solle sich finanziell am Wiederaufbau Verbunds beteiligen und diese Stadt adoptieren. Der Vorschlag fand einstimmigen Beifall. Die Angelegenheit wird beim Staatshaushalt geregelt.

M. Gladbach, 24. Juli. Seit gestern befinden sich die Straßenbahnen des ganzen M. Gladbach-Rheinl. Bezirks im Ausstand. Der gesamte Straßenbahnverkehr ruht. Die Streikenden fordern einen täglichen Lohn von 16 M., was von den Verwaltungen bisher abgelehnt worden ist.

Berlin, 24. Juli. In der braunschweigischen Landesversammlung wurde gestern das Betriebsrätegesetz angenommen.

Berlin, 24. Juli. Als Nachspiel, und zwar als sehr folgenschweres Nachspiel, zu dem Rundgebungsstreik vom 21. Juli sind bei Siemens die Belegschaft des Wernerwerks in Siemensstadt, dem Stammhaus der Siemensfirmen, und die Belegschaft des Kabelwerks bei Spandau, insgesamt rund 10 000 Mann, durch Beschluß des Direktionsausschusses heute nachmittag 4 Uhr ausgesperrt worden.

Bamberg, 24. Juli. In der Beratung des Verfassungsausschusses des Bayerischen Landtags wurde nach einem gemeinsamen Antrag der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Mittelpartei (konservativ) neuerdings die Frage der Aufhebung des Adels besprochen. Der Antrag bezweckte die Aufhebung aller Vorrechte des Adels, aber die Beibehaltung des Adelstitels als Namenszusatz in der gleichen Form, wie es auch die Reichsverfassung bestimmt. Nach einer lebhaften Aussprache wurde der Antrag mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Budapest, 24. Juli. Funkprüche des Verbandes bekunden die Absicht, die in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, etwa 240 000 Mann, Denikin auszuliefern. Sie verhehlen dabei nicht, daß die Mehrzahl dieser russischen Kriegsgefangenen bolschewistisch gesinnt ist.

Saag, 24. Juli. Aus New York wird gemeldet: Die Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Deutschland hat am 22. Juli mit der Verschiffung von 100 Postfäßen mit 350 000 Briefen auf einem kanadischen Dampfer nach Kopenhagen begonnen. Am 23. Juli wird die erste Paketpost abgehen. Letztere wird vorläufig wahrscheinlich nur einmal wöchentlich abgehen, bis der regelmäßige Dienst mit Deutschland wiederhergestellt ist.

Amsterdam, 24. Juli. Laut „Telegraaf“ erklärte der englische Lebensmittellieferant Robert in der gestrigen Sitzung des Unterhauses, daß nach einem Telegramm aus Amerika die Fleischpaderieen auf eine Erhöhung der Fleischpreise dringen mit der Begründung, daß die Schweine teurer geworden seien.

Versailles, 23. Juli. Heute nachmittag ist eine interalliierte Kommission, die sich mit der Frage der Rückbeförderung deutscher Kriegsgefangener beschäftigt, zur ersten Sitzung zusammengetreten. Es handelt sich darum, die Antwort auf die vorgestern überreichte deutsche Note, die eine baldmöglichste Inangriffnahme der Kommissionsverhandlungen in Vorschlag brachte, festzusetzen.

Die Veteranen von 1870.

Weimar, 24. Juli. Die liberalen Abgeordneten Dr. Mittelman und Graf zu Dohna haben folgende Anfrage im Interesse der Veteranen von 1870/71 eingebracht: Die Veteranen von 1870/71, die eine Versorgung beziehen, die in keiner Weise dazu ausreicht, ein nur einigermaßen erträgliches Leben zu führen, leiden bitterste Not. Sie verbringen den Rest ihrer Tage in Siegenhäusern oder fallen der allgemeinen Armenpflege zur Last. Wenn Hilfe überhaupt noch nützen soll, dann muß sie unverzüglich erfolgen. Ist die Reichsregierung zu solcher umgehender Hilfe bereit, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu dem Zwecke zu ergreifen? Die finanzielle Not des Reiches dürfte in diesem Falle, zumal angesichts der geringen Zahl der noch lebenden Veteranen, kein Hindernis bilden.

Bemerktes.

„Presse und wirtschaftliche Uebelstände.“ Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Daß die Presse es schon vor mehr als hundertfünfzig Jahren als ihre Pflicht angesehen hat, Uebelstände des Wirtschaftslebens, wie Preiswucher, zu brandmarken, um der Allgemeinheit zu dienen, kann man in dem neunten Bande der „hinterlassenen Papiere“ von Karl Julius Weber, gestorben 1832, nachlesen. Der französische Herzog von Rivernais reiste 1762 nach London, um dort die Vorbereitungen des Friedens zu Paris zu leiten, in dieser Zeit muß sich getragen haben, was Weber erzählt: In Canterbury in England nahm der Gastwirt Parker dem französischen Gesandten, Herzog von Rivernais, für eine Fleischbrühe, die der Herzog in seinem Wagen genoß, vierzig Taler ab. Alle Zeitungen beeilten sich, diesen Presler an den Pranger der Öffentlichkeit zu stellen. Alle Reisenden mieden das Gasthaus, das mit großen Kosten neugebaut worden war, und Parker war zu Grunde gerichtet. ?

Briefkasten.

Konsument „Anonym.“ Das „Lahnsteiner Tageblatt“ steht im Dienste der Öffentlichkeit, nicht in Ihrem. Ihre „Ersuchen“ sind ebenso plump wie unhöflich. Das erste anonyme Eingekamte wanderte in den Papierkorb, Ihr zweites leistet bereits dem ersten Gesellschaft. Weiter so! Haben stets Verwendung für — — — Matulatur

A. Z. 65, St. Goarshausen. Die frühere Warenumschlagsteuer, jetzt nur noch Umsatzsteuer genannt, erfasst auch die von Ihnen genannten Umsätze. Der Schleichhandel muß dreifach besteuert werden, wenn — — — ja wenns möglich wäre.

Zur gefälligen Beachtung!

Redaktionschluss: Morgens 8 Uhr.
Schluss der Anzeigenannahme morgens 8 1/2 Uhr, für Todesanzeigen und dringende Anzeigen morgens 9 Uhr.
Lahnsteiner Tageblatt.

Öffentliche Ansprache.

Es sei allen unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel überlassen die Redaktion nur die persönliche Verantwortung. Kassen- und Schenkungen werden in den Kassenbuch.

Oberlahnstein, 24. Juli.
Zur Konsumfrage Antwort auf den Artikel in Nr. 154.
Der Artikelsschreiber greift die Gesamtheit der Geschäftsleute öffentlich in einer geradezu unerhörten Weise an, stellt beleidigende Behauptungen ohne auch nur einen Schatten von Beweis auf, die geeignet sind, die Ehre in der öffentlichen Meinung herunterzusetzen, sie moralisch und materiell zu schädigen, um offensichtlich für den Konsumverein Propaganda zu machen. Das letztere können wir ihm nicht verbieten, so lange er mit anständigen Mitteln arbeitet. Aber, daß der Artikelsschreiber ohne jede Ursache diese Gelegenheit zu einer willkürlichen Deutung gegen die Gesamtheit der Geschäftsleute benutzte, können sich die Leser denn doch nicht gefallen lassen. In derselben Form zu erwidern, halten die Geschäftsleute unter ihrer Würde.

J. H. Hermann Rottler

Bekanntmachungen.

Grießmehl

wird heute Freitag, den 25. d. Mts. auf Nr. 75 der Lebensmittelkarten ausgegeben.

Marmelade und Geringe

im freien Verkauf.

Oberlahnstein, den 24. Juli 1919.

Der Magistrat.

Zur Bekämpfung der Weinbergschädlinge ist noch ein Quantum Schwefel und Kupfer-Bitriol vorrätig und wird zu jeder Zeit ausgegeben.

Oberlahnstein, den 24. Juli 1919.

Der Magistrat.

Steuerhebung.

Mit der Zustellung der Steuerzettel ist begonnen. Die Staats- und Gemeindesteuer für das 1. und 2. Vierteljahr ist bis zum 16. August ex. zu entrichten. Die Inhaber von Bank- und Postcheckkonten werden gebeten, durch Ueberweisung auf die dem Steuerzettel aufgedruckten Konten der Stadtkasse zu zahlen.

Oberlahnstein, den 18. Juli 1919.

Die Stadtkasse.

August-Meldekarten

für Betriebe sind eingetroffen und können bei der Ortskohlenstelle in Empfang genommen werden.

Die Leseholscheine

werden bis 1. August 1919 auf dem Bürgermeisteramt Zimmer Nr. 1 erneuert. Anträge werden bis zum 25. Juli ex. entgegen genommen. Da größere Holzversteigerungen bevorstehen, werden Scheine nur an Ortsarme ausgestellt.

Wer ohne Schein angetroffen wird, wird bestraft. Grünes Holz darf nicht entwendet werden.

Hau- und Schneidewerkzeug darf nicht mitgebracht werden. Niederlahnstein, den 18. Juli 1919.

Der Magistrat Rod y

Fruchtversteigerung in Oberbachheim

Am Samstag, den 2. Aug., mittags 1 Uhr, lasse ich meine

Wintersaat (Roggen u. Weizen)

auf dem Palm im Gesamtumfang von 600 Ruten versteigern

Frau Heinrich Sommer Witwe.

Milchzentrifugen

in verschiedenen Größen empfiehlt

Julius Rüping, Eisenwarenhdlg.

Braubach a. Rh.

Bindegarn - Grutestricke und Garbenbinder

sind stets zu haben bei!

Christian Wiegardt, Braubach.

= Ia Kakao =

pro Pfd. 22.50 M. sofort lieferbar.

A. Straub, Ditz a. d. Lahn.

Gebrauchte guterhalt.

Federbetten

1 1/2schläf. Matratze

1 Paar Herrenzugstiefel

Nr. 43 preiswert zu verkaufen

Näheres: Geschäftsstelle. [1484]

Neuer Lasthut

billig zu verkaufen.

Näheres: Geschäftsstelle. [1028]

Zwei kräftige Arbeitspferde

zu verkaufen. Joh. Herbel

Oberlahnstein. [1523]

Rinderholzbettstelle mit Matratze

zu verkaufen

Näheres: Geschäftsstelle. [1503]

Stundenmädchen

gesucht

Niederlahnstein, Rheinstraße 4. [1521]

Heute entschlief sanft meine liebe, gute Mutter

Frau Clara Hoecker

geb. Hübner

Witwe des verstorbenen Kapitän Ernst Hoecker.

In tiefer Trauer:

Antonie Hoecker.

Oberlahnstein, den 24. Juli 1919.

Die Beerdigung findet Sonnabend um 3 1/2 Uhr statt.

[1534]

Dankagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme an der Beerdigung meines nun in Gott ruhenden lieben Gatten, unseres guten Vaters sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir den Herren Beamten, den Mitarbeitern, dem Deutschen Metallarbeiterverband (Ortsgruppe Braubach), den Kranz- und Bl. Messenspendern.

Frau Witwe Czerminski u. Kinder.

Oberlahnstein, den 24. Juli 1919. [1533]

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter Oberlahnstein.

Samstag, den 27. Juli 1919, mittags 1 Uhr

Versammlung

in der Gastwirtschaft „zum Rheinberg“ in Braubach

Schneider-Zwangsinnung des Kreises St. Goarshausen.

Am 27. Juli, mittags 2 Uhr findet im Gasthaus „zur Krone“ zu St. Goarshausen eine

General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung zwecks Abschluß eines Lohnabkommens mit den Schneidergehilfenverbänden und Stellungnahme zu deren Forderungen.
2. Besprechung von Fachangelegenheiten. Um rege Teilnahme bittet

[1496]

Der Vorstand.

Achtung!

Samstag, den 26. und Sonntag, den 27. Juli befindet sich W. Meyers

Elektro-Karussell

nebst Kettenflieger

auf dem Märchen-Platz in Niederlahnstein zum letzten Mal zur allgemeinen Belustigung wozu ergebenst einladet

[1530]

der Besitzer.

Neue Fahrräder



Grosse Auswahl in Mänteln und Schläuchen sowie sämtliche Ersatz- und Zubehörteile für Fahrräder eingetroffen und empfiehlt billigst

Fr. Ernst Theis

Frühmesserstrasse 15

Fernruf 126

Grosse Auswahl

Damenkragen

für Blusen und Jacketts

Jabots.

Stickgarne u. Sticksoide in vielen Farben.

Knöpfe, Quasten, Schnallen u. Spitzen

neu eingetroffen

Jacob Rüdell,

Oberlahnstein

— Telefon 143 —

[1839]

Steindrucker-lehrling,

welcher zeichnerisches Talent hat, sofort gesucht. Nur intelligenter Junge findet Berücksichtigung

Steindruckerei Franz Schickel

Joh. Frh. Mohr, O. Lahnstein.

Ein Bäckergehilfe,

der Oberländer Brodbaden durch- aus versteht, nach Köln gesucht.

Gest. Angebote wolle man schriftlich senden unter Angabe des Lohnanspruchs an Simon Mahler, Köln, 1500 Große Wiltichgasse 56.

Tüchtiger

Schneidergehilfe

sof. f. d. Arbeit gesucht. Julius

Fein, Niederlahnstein [1497]

Junges Mädchen

vom Lande, nicht unter 16 Jahren zum baldigen Eintritt gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Jüngeres

Mädchen

bei guter Behandlung gef. Näh.: Geschäftsstelle. [1529]

1918er selbstgezeugener Rotwein in kleinen Gebinden u. Flaschen empfiehlt Wingerverein Osterpai.

= Notes =

Notizbücher

mit schwarzem Umschlag und liniert oder kariert. Einlage gibt in verschiedenen Größen

an Wiederverkäufer ab

Papierhaus Ed. Schickel, Oberlahnstein.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung vereinbaren sofort H. Blume & Co., Hamburg 5.

Es können noch etwa 50 Pfund brauner Weinbergsschwefel abgegeben werden à Pfund 30 Pfg.

Eduard Schickel.

Steinbruch

ganz nahe der Stadt, wenig Abraum, an Straße gelegen, zu verkaufen

Näheres unter D. 466 an „Lahnsteiner Tageblatt.“

Guterhaltene

Konzertzither

zu verkaufen

[1524] Bachstraße 37.

Verloren!

Vortommals mit Inhalt gestohlen morgen auf dem Berg Freimessersstraße, Turnhalle, 30. Juli. Gegen Belohnung abgegeben.

Papiergeschäft E. Schickel.

Verloren!

Damen-Fahrrad mit Korbgehäuse im Bahnhof. Der eiserne Korb wird gebeten, denselben gegen Belohnung Adolsstraße 711 abgegeben.

[1525]